

++++
**Newsletter Entwicklungspolitik 2/2008 von Gisela Splett,
entwicklungspolitische Sprecherin Grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg**
++++

Liebe Leserinnen und Leser,
das Thema Hunger hat die Schlagzahlen erobert. Als wäre es ein neues,
gerade entdecktes Problem. Dabei leiden weltweit schon seit langem über 800
Mio. Menschen unter Hunger. Derzeit aber verschärft sich das Problem
aufgrund der stark steigenden Lebensmittelpreise, verursacht durch eine
gesteigerte Nachfrage (u.a. aufgrund veränderter Ernährungsverhalten),
angetrieben aber auch von steigenden Ölpreisen und der Nachfrage nach
Biosprit. Es bleibt zu hoffen, dass die Debatte länger als ein paar Tage
anhält und dazu führt, dass die Anstrengungen im Kampf gegen den Hunger
tatsächlich verstärkt werden (siehe 4.).
Mit diesem Newsletter möchte ich Sie wieder über entwicklungspolitische
Neuigkeiten aus dem baden-württembergischen Landtag und grüne entwicklungs-
politische Aktivitäten informieren. Sollten Sie den Newsletter nicht (mehr)
erhalten wollen, bitte ich um eine kurze Nachricht an meine Mail-Adresse.
Ich wünsche Ihnen einen schönen Frühling,
Gisela Splett

1) ÖKO-FAIRES BESCHAFFUNGSWESEN

Die Beratung des interfraktionellen Antrags zur „Vermeidung des Erwerbs von
Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen
Beschaffungswesens“ im Wirtschaftsausschuss ist geplant für die nächste
Sitzung am 7. Mai 2008.

Derweilen haben BUND und DEAB Abgeordnete des Landtags im Rahmen eines
parlamentarischen Abends am 2. April über Möglichkeiten informiert, wie
soziale und ökologische Kriterien im Beschaffungswesen berücksichtigt
werden können. Ganz offensichtlich bedeutet die Bearbeitung dieses
Themenfelds das „Bohren dicker Bretter“.

Diese Erfahrung habe ich auch schon im Umweltausschuss gemacht. Nachdem ich
mich zunächst mit dem Einkaufsverhalten des Landes bei einzelnen Produkt-
gruppen wie Papier und Strom beschäftigt hatte, habe ich mit dem Antrag zur
„ökologischen öffentlichen Beschaffung“ einen allgemeineren Zugang gewählt.
Die Antwort erschien mir dann so nichtssagend wie realitätsfern, gipfelte
sie doch in der Aussage, das Land habe „die Möglichkeiten, die im öffent-
lichen Beschaffungswesen zur Berücksichtigung ökologischer Aspekte be-
stehen, ... ausgeschöpft“. Und das, obwohl Landesbehörden keinen Ökostrom
beziehen und der Anteil an Recyclingpapier in den vergangenen Jahren auf
unter 1/3 gesunken ist. Leider standen wir Grünen mit unserem Missbehagen
in dieser Frage auch im Umweltausschuss relativ allein.

Schwierig ist das Themenfeld auch deswegen, weil die Existenz von
Grundsatzbeschlüssen noch lange kein Garant ist für deren Umsetzung.
Deswegen wird es auch bzgl. der Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit
darauf ankommen, immer wieder nachzuhaken. Folglich haben wir jüngst im
Zusammenhang mit der neuen Dienstkleidung für die Landespolizei die Frage
gestellt, inwieweit soziale Kriterien bei der Beschaffung von Dienst-
kleidung von Landesbediensteten berücksichtigt werden. Auch hier stellt
sich die Landesregierung auf den Standpunkt, dass alles schon bestens
geregelt sei. Negativ stößt mir dabei jedoch insbesondere auf, dass in der
Stellungnahme auf den Antrag meines Fraktionskollegen Uli Sckerl auf alte
Stellungnahmen des Wirtschaftsministeriums Bezug genommen wird, die die
Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in Frage stellten. Auf
den interfraktionellen Antrag zum Beschaffungswesen ohne ausbeuterische
Kinderarbeit und die Bereitschaft der Landesregierung, diesem Wunsch
nachzukommen, wird hingegen nicht verwiesen. Auch hier werden wir also
nochmals nachhaken müssen.

Interfraktioneller Abgeordneten-Antrag:

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2044_D.PDF

Antrag zur ökologischen öffentlichen Beschaffung:

www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/2000/14_2012_d.pdf

Antrag zur neuen Dienstkleidung der Polizei:

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2534.html

2) BURUNDI

Die schon seit längerem in Planung befindliche Delegationsreise nach Burundi soll nun vom 8. - 11. Juni stattfinden und von Landwirtschaftsminister Peter Hauk angeführt werden. Zur Teilnahme eingeladen sind insbesondere die entwicklungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen. Willkommen sind aber auch VertreterInnen von NGOs. Organisiert wird die Reise von der SEZ (www.sez.de), die im Vorfeld auch eine Bestandsaufnahme der baden-württembergischen Burundi-Aktivitäten erstellt (Ansprechpartner ist Herr Weingärtner).

Ebenfalls von der SEZ organisiert fand am 7. März ein Ländertreffen Burundi im Landtag statt. Berichtet wurde von der Situation in Burundi, von positiven Entwicklungen (z.B. bzgl. Pressefreiheit), aber auch von großen Problemen insbesondere im Hinblick auf die sehr schwierige wirtschaftliche Situation.

Mein eigenes kleines Burundi-Projekt zu Beginn des Jahres war der Einkauf von 50 Solarlampenbausätzen für Burundi. Die Idee ist, dass die Solarlampen vor Ort zusammengebaut und dann vermietet werden sollen, zu einem Preis, der günstiger ist als Kerosin für die sonst üblichen Lampen. Das Vorhaben könnte also ökologische mit ökonomischen Vorteilen kombinieren. Die Lampenbausätze der Solarinitiative Freilassing (www.solarprojekt-freilassing.de) fanden Platz in einem Container, den Philipp Ziser, der für burundikids (www.burundikids.org) in Bujumbura arbeitet, auf die Reise geschickt hat. Ich hoffe sehr, dass das Material gut ankommt und der Aufbau der „Solarlampenwerkstatt“ gelingt.

3) MITTELVERWENDUNG DES LANDES, ZUKUNFT VON STUBE e.V. UND BESUCH BEIM IFB

Dem entwicklungspolitischen Bericht der Landesregierung ist zu entnehmen, dass die Aufwendungen des Landes für Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind. Ausgaben, die der „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“ zugerechnet werden, entfallen hauptsächlich auf das Kultus- und das Wissenschaftsministerium. Zwei Drittel der ausgegebenen Mittel des Kultusministeriums entfielen in den vergangenen Jahren auf das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim (IfB). Auch die Förderung des Wissenschaftsministeriums lag schwerpunktmäßig auf Einzelmaßnahmen wie der Grundfinanzierung des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung in Freiburg oder den Zuweisungen an baden-württembergische Hochschulen für die Zusammenarbeit mit Partnerhochschulen in China. Die bisher für das Studienbegleitprogramm StuBe e.V. aufgewendeten Mittel waren im Wirtschaftsministerium etatisiert, das zukünftig über keine Entwicklungszusammenarbeitsmittel mehr verfügen wird.

Die Zukunft von StuBe e.V. (www.stube-bw.de) stand deshalb auch im Mittelpunkt des Rundes Tisches Entwicklungszusammenarbeit am 28. Februar im Landtag, bei dem Abgeordnete aller Fraktionen und VertreterInnen von NGOs zusammentrafen. Es besteht Konsens darüber, dass die studienbegleitende Arbeit von STUBE mit Studierenden aus Entwicklungsländern auch in Zukunft gesichert werden soll. Auf welchem Weg dies erreicht werden kann, ist jedoch noch unklar. Wir Grünen setzen uns dafür ein, STUBE zukünftig über den Etat des Wissenschaftsministeriums zu bezuschussen.

Dem oben genannten IfB (<http://www.ifb-ma.de>) in Mannheim stattete ich zusammen mit unserer parlamentarischen Beraterin Barbarita Schreiber am 18.

April einen Besuch ab. Das IfB wurde basierend auf einem Bund-Länder-Abkommen aus dem Jahr 1961 als Landesstelle gegründet und ist als Fortbildungsstätte für Kraftfahrzeugtechnik bekannt. Während das IfB vom Land betrieben wird (Miete, Sachmittel, Personal), werden die Stipendiaten vom Bund und verschiedenen Partnerorganisationen zum IfB geschickt und auch von diesen finanziert. Das IfB leidet offensichtlich darunter, dass die berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr den Stellenwert hat, der ihr eigentlich zukommen muss.

4) BIOENERGIE UND NAHRUNGSMITTELVERSORGUNG

Am 19. April veranstaltete die Landesarbeitsgemeinschaft „Internationales“ der baden-württembergischen GRÜNEN unter dem Motto „Mais für den Tank oder Brot für den Mensch?“ einen entwicklungspolitischen Ratschlag zur Frage, welche Auswirkungen die zunehmende Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung für die Länder des Südens hat. Die Veranstaltung und die sehr interessanten Vorträge sind auf der Homepage des Grünen Landesverbands dokumentiert: www.gruene-bw.de/themen/umwelt-klima-energie/artikel-umwelt-klima-energie/mais-in-den-tank.html

Nicht nur die LAG Internationales sondern auch die Grüne Bundestagsfraktion hat sich mit der Thematik befasst und am 22. April das Papier „Ursachen des Hungers endlich entschlossen bekämpfen“ beschlossen. Hervorgehoben werden darin die Ursachen für den dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise, zu denen die Agrarpolitik der europäischen Union und Nordamerikas gehören, aber auch die steigende Nachfrage nach Biosprit, die steigende Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten sowie politische Defizite in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Gefordert wird ein Umsteuern in der Agrarpolitik, eine Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft, Leitplanken für die Agrotreibstoff-Produktion sowie eine Änderung des Ernährungsverhaltens.

Beschluss der Bundestagsfraktion „Ursachen des Hungers endlich entschlossen bekämpfen“:

http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/230/230130.beschluss_hunger.pdf

Flyer der Grünen Bundestagsfraktion „Hunger bekämpfen“:

www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dok/205/205588.flyer_hunger_bekaempfen.html

++++
 Gisela Splett MdL
 Büro im Landtag
 Mitarbeiter: Alexander Geiger
 Konrad-Adenauer-Str. 12
 70173 Stuttgart
 Telefon: 0711-2063-966
 Fax: 0711-2063-660
 Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de
 Homepage: www.gisela-splett.de
 ++++